



N°608

COMMISSION
TOUS LES LIEUX D'AFFECTATION

- Minimum d'ancienneté requis dans le grade pour les fonctionnaires ayant été recrutés à un grade autre que le grade de base, en vue d'une promotion au grade supérieur 2

- De** Neue allgemeine Durchführungsbestimmungen zu Artikel 2 Absatz 4 des Anhangs VII zum Statut (unterhaltsberechtigten Kindern gleichgestellte Personen) 3

- New «general implementing provisions» concerning persons to be treated as dependent children (article 2, paragraph 4 of annexe VII of the Staff Regulations) 21

- Fr** Nouvelles «Dispositions générales d'exécution» en matière de personnes assimilées aux enfants à charge (article 2, paragraphe 4 de l'annexe VII du Statut)..... 39

**Minimum d'ancienneté requis dans le grade
pour les fonctionnaires ayant été recrutés à un grade
autre que le grade de base, en vue d'une promotion
au grade supérieur**

Suite à l'ordonnance de la Cour n° 248/86 du 7.10.1987 (IIIème chambre) dans L'affaire "Bruggemann/CES", L'article 45 du Statut doit être interprété comme suit :

"Le minimum d'ancienneté dans le grade exigé par l'article 45 du Statut pour qu'un fonctionnaire puisse bénéficier d'une promotion doit être calculé, dans l'hypothèse de la première promotion après le recrutement, en prenant pour point de départ la date de titularisation".

Cet arrêt est à appliquer par toutes Les Institutions.

**Neue allgemeine Durchführungsbestimmungen
zu Artikel 2 Absatz 4 des Anhangs VII zum Statut
(unterhaltsberechtigten Kindern
gleichgestellte Personen)**

Am 28.9.1989 hat die Kommission neue allgemeine Durchführungsbestimmungen zur Gleichstellung einer Person mit einem unterhaltsberechtigten Kind erlassen. Diese Bestimmungen sind am 1.10.1989 in Kraft getreten und haben diejenigen vom 30.10.1975 ersetzt. Die Beamten und sonstigen Bediensteten der Kommission werden gebeten, die neuen Bestimmungen zur Kenntnis zu nehmen (s. Anhang).

Richard HAY
Generaldirektor der Generaldirektion
Personal und Verwaltung

**Allgemeine Durchführungsbestimmungen betreffend
unterhaltsberechtigten Kindern gleichgestellte Personen
(von der Kommission am 28. September 1989 erlassen
und am 1. Oktober 1989 in Kraft getreten)**

ERLÄUTERUNGEN

Mit Beschluß vom 30. Oktober 1975 hatte die Kommission Allgemeine Durchführungsbestimmungen betreffend die unterhaltsberechtigten Kindern gleichgestellten Personen (Artikel 2 Absatz 4 des Anhangs VII zum Statut) erlassen.

Aus folgenden Gründen hat es sich als notwendig erwiesen, neue einschlägige Durchführungsbestimmungen zu erlassen:

Für die Gleichstellung einer Person mit einem unterhaltsberechtigten Kind müssen drei Voraussetzungen erfüllt sein:

- Der Beamte muß gegenüber dieser Person gesetzlich zum Unterhalt verpflichtet sein;
- der Unterhalt dieser Person muß den Beamten mit erheblichen Ausgaben belasten;
- die betreffende Person muß bestimmten Erfordernissen hinsichtlich des Alters genügen.

Die Änderungen betreffen diese drei Punkte.

1. Gesetzliche Unterhaltspflicht

Im Rahmen der Bestimmungen von 1975 war das einzige Kriterium, auf dessen Grundlage festgestellt wird, ob diese Voraussetzung erfüllt war, die Staatsangehörigkeit des Beamten.

Diese Methodelies sich jedoch rechtlich schwer begründen und führte überdies je nach der Staatsangehörigkeit des Betroffenen zu überaus unterschiedlichen Ergebnissen.

Tatsächlich ist es willkürlich, das Recht des Landes der Zugehörigkeit des Beamten geltend zu machen, wenn andere Anknüpfungspunkte vorliegen (Wohnland des Beamten, Staatsangehörigkeit oder Wohnland der gleichzustellenden Person).

Der Begriff der Unterhaltspflicht gegenüber Mitgliedern derselben Familie hat in den Mitgliedstaaten, die eine solche Unterhaltspflicht kennen, keineswegs die gleiche Tragweite und ist in den Rechtsordnungen anderer Mitgliedstaaten sogar völlig unbekannt. Der Beamte konnte somit je nach Staatsangehörigkeit die Gleichstellung mehr oder weniger entfernter Verwandter erwirken, oder auch nicht.

Da sich der Begriff der Unterhaltspflicht gemeinschaftsweit nicht definieren läßt - die Gemeinschaft hat in rein zivilrechtlichen Fragen wie dieser keine Befugnisse - ziehen die neuen Durchführungsbestimmungen die einschlägigen internationalen Übereinkommen heran.

Nach dem Übereinkommen von Den Haag über das auf Unterhaltspflichten anzuwendende Recht ist anzuwendendes Recht in erster Linie das Recht des Landes, in dem der Unterhaltsberechtigte (in diesem Fälle die gleichzustellende Person) seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat, sodann wenn nach diesem der Begriff der Unterhaltspflicht nicht bekannt ist - das Recht des Landes, dessen Staatsangehörigkeit beide Parteien besitzen, und danach - falls die Parteien nicht die gleiche Staatsangehörigkeit besitzen oder der Begriff der Unterhaltspflicht nicht bekannt ist - das Recht des Landes, in dem die Behörde (konkret das Gericht) befaßt wird.

Damit eine Unterhaltspflicht durchgesetzt werden kann, muß sie durch ein Gericht anerkannt werden. In Fällen, in denen Gerichte mehrerer Mitgliedstaaten angerufen werden könnten (ein Gericht im Hohnland des Beamten, beispielsweise in Belgien oder Luxemburg, oder ein Gericht im Wohnland der gleichzustellenden Person, beispielsweise in Italien, Griechenland oder Spanien), ist auch zu klären, welches Gericht für eine etwaige Unterhaltsklage der gleichzustellenden Person gegen den Beamten zuständig wäre. Hier ist das nach Artikel 220 EWGV geschlossene Brüsseler Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit maßgebend, demzufolge das Gericht am Wohnsitz des Beklagten (des Beamten) oder des Unterhaltsberechtigten (der gleichzustellenden Person) zuständig ist.

Es sei darauf hingewiesen, daß die Verwaltung keineswegs wünscht, daß es zwischen dem Beamten und der Person, deren Gleichstellung er beantragt, zu einem Prozeß kommt. Es handelt sich hier lediglich um eine Regelung, mit der sich rechtlich zuverlässig feststellen läßt, daß tatsächlich eine Unterhaltspflicht besteht.

Dieses System ist insofern vorteilhafter als die ausschließliche Heranziehung des Rechts des Landes der Zugehörigkeit des Beamten, als:

1. die Rechtssicherheit erheblich größer ist;
 2. in den weitaus meisten Fällen die Staatsangehörigkeit des Beamten der Gleichstellung nicht mehr entgegensteht.
2. Belastung mit erheblichen Ausgaben

Hierzu sei hervorgehoben, daß diese Vorschrift restriktiver formuliert ist als alle sonstigen Statutsvorschriften über Zulagen oder Vergütungen. Artikel 2 Absatz 4 des Anhangs VII ist der einzige Artikel, in dem die folgenden einengenden Begriffe gleichzeitig verwendet werden: "Dem unterhaltsberechtigten Kind kann ausnahmsweise durch besondere mit Gründen versehene und auf beweiskräftige Unterlagen gestützte Verfügung der Anstellungsbehörde

jede Person gleichgestellt werde?, der gegenüber der Beamte gesetzlich zum Unterhalt verpflichtet ist und deren Unterhalt ihn mit erheblichen Ausgaben belastet".

Damit wollte der Gesetzgeber wohl erreichen, daß diese Vorschrift nur begrenzt Anwendung findet.

Überdies kann die Gewährung der Zulage unter Umständen erhebliche Vorteile nach sich ziehen (zusätzlicher Steuernachlaß - unter bestimmten Bedingungen Krankheitsfürsorge - unter anderem Gewährung von Waisengeld).

Unter diesen Umständen was es notwendig, die Vorschriften von 1975 dahingehend abzuändern, daß die Gleichstellung nur in den Fällen ermöglicht wird, in denen sie vollauf gerechtfertigt ist.

Hauptsächlich zu ändern sind die Bestimmungen über die mutmaßlichen unterhaltsaufwendungen: Sie betragen anstatt 60 % nur noch 50 % des Grundgehalts eines Beamten der Besoldungsgruppe 04 Dienstaltersstufe 1, wenn die gleichzustellende Person mit dem Beamten nicht ständig in häuslicher Gemeinschaft lebt, und 40 % im Falle einer ständigen häuslichen Gemeinschaft. Diese Unterscheidung ist deshalb gerechtfertigt, weil die Unterhaltsaufwendungen für eine Person im zweiten Falle selbstverständlich niedriger sind.

Damit jedoch diese Änderung nicht zu Lasten der bisherigen Begünstigten geht, sind zwei Maßnahmen vorgesehen:

1. Die neuen Prozentsätze gelten erst nach einer Übergangszeit von fünf Jahren, in der der gegenwärtige Prozentsatz schrittweise herabgesetzt wird;
2. aufgrund einer abweichenden Sonderbestimmung könnte die Zulage auch für Personen gewährt werden, die nicht die nach allgemeinem Recht vorgesehenen finanziellen Voraussetzungen erfüllen; um eine allzu häufige Anwendung dieser Bestimmung zu verhindern, wird ihre Anwendung durch ein Organ von der Anhörung der übrigen Organe abhängig gemacht. (wie im Falle der Haushaltszulage, die aufgrund einer besonderen Verfügung gewährt wird).

Bei den übrigen Änderungen handelt es sich um Hinweise, die eine unterschiedliche Anwendung bei den einzelnen Organen verhindern sollen (Beispiel: Hinweis darauf, daß bei der Umrechnung in eine andere Währung der monatliche Buchwert zugrunde zu legen ist), oder um die Berücksichtigung der vor kurzem genehmigten Bestimmungen über die Gewährung der Haushaltszulage durch eine besondere Verfügung. Sie sind nur geringfügig.

3. Voraussetzungen hinsichtlich des Alters

Im Zuge der Gleichbehandlung von Männern und Frauen ist das Mindestalter der Person, deren Gleichstellung mit einem unterhaltsberechtigten Kind ein Beamter beantragen kann, unabhängig von ihrem Geschlecht auf 60 Jahre festzusetzen. Eine einheitliche Festsetzung auf 55 Jahre für beide Geschlechter dürfte weder mit dem äußerst restriktiven Wortlaut von Artikel 2 Absatz 4 des Anhangs VII vereinbar noch hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen vertretbar sein. Tatsächlich ist in den meisten Mitgliedstaaten das

Ruhestandsalter für Frauen in den vergangenen Jahren von 55 auf 60 Jahre erhöht worden. Außerdem soll und darf die Zulage nicht als Ersatz für die einzelstaatlichen Leistungen für erwerbslose Männer über 55 Jahren dienen.

Allerdings ist eine Übergangsbestimmung vorgesehen, damit die Zulage für Frauen zwischen 55 und 60 Jahren bezogen werden kann, wenn sie aufgrund der Bestimmungen von 1975 gewährt wurde.

Ferner ist für Frauen, deren Gleichstellung erstmals nach Inkrafttreten der neuen Allgemeinen Durchführungsbestimmungen beantragt wird, eine Übergangszeit von fünf Jahren vorgesehen, in der die Altersgrenze schrittweise von 55 auf 60 Jahre heraufgesetzt wird.

Schließlich kann eine Person, die nicht die geforderten Voraussetzungen erfüllt, aber mindestens 55 Jahre alt ist und deren Unterhalt den Beamten mit "erheblichen Ausgaben belastet", auf Antrag einem unterhaltsberechtigten Kind gleichgestellt werden, nachdem die übrigen Organe angehört worden sind (siehe Seite 3 Ziffer 2).

UNTERHALTSBERECHTIGTEN KINDERN GLEICHGESTELLTE PERSONEN

ALLGEMEINE DURCHFÜHRUNGSBESTIMMUNGEN ZU ARTIKEL 2 ABSATZ 4
DES ANHANGS VII ZUM STATUT

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN -

gestützt auf das Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften sowie auf die Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten dieser Gemeinschaften, festgelegt durch die Verordnung (EWG, EURATOM, EGKS) Nr. 259/68 (1) des Rates vom 29. Februar 1968, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG, EURATOM, EGKS) Nr. 2187/89 des Rates vom 13. Juli 1989 (2), insbesondere auf die Artikel 67 und 110 des Statuts der Beamten und Artikel 2 Absatz 4 des Anhangs VII zum Statut sowie auf Artikel 103 der Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten,

nach Stellungnahme des Statutsbeirats,

nach Anhörung der Personalvertretung,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Auf Grund der gewonnenen Erfahrung erscheint es notwendig, die von der Kommission am 30. Oktober 1975 erlassenen allgemeinen Durchführungsbestimmungen zu Artikel 2 Absatz 4 des Anhangs VII zum Statut zu ändern.

Generell kann gemäß Artikel 2 Absatz 4 des Anhangs VII zum Statut die Gleichstellung einer Person mit einem unterhaltsberechtigten Kind nur ausnahmsweise "durch besondere mit Gründen versehene Verfügung der Anstellungsbehörde" erfolgen.

(1) ABI. Nr. L 56 vom 4. März 1968, S. 1.

(2) ABI. Nr. L 209 vom 21. Juli 1989 , S. 1.

Diese verfügt somit in bezug auf den Sachverhalt, der zur Begründung der Gleichstellungsanträge geltend gemacht wird. Ober einen weiten Ermessensspielraum. Mit Rücksicht auf das Erfordernis der Gleichbehandlung der Beamten empfiehlt es sich jedoch, objektive Kriterien festzulegen, die die Ausübung dieser Ermessensbefugnis einheitlich regeln sollen.

Zu diesem Zweck sind insbesondere das Alterserfordernis für die Person, die einem unterhaltsberechtigten Kind gleichgestellt werden kann, sowie die Faktoren, die bei der Beurteilung zu berücksichtigen sind, ob der Unterhalt dieser Person den Beamten mit erheblichen Ausgaben belastet, festzulegen.

Hinsichtlich der Bedingung der gesetzlichen Unterhaltspflicht des Beamten gegenüber der Person, die einem unterhaltsberechtigten Kind gleichgestellt werden kann, ist in stärkerem Maße von dem Zivilrecht und dem internationalen Privatrecht der Mitgliedstaaten unter Berücksichtigung der Zielsetzung des Statuts, wonach insbesondere Ehegatten oder ehemalige Ehegatten von Beamten keinen Anspruch auf die Zulage im Sinne von Artikel 2 Absatz 4 des Anhangs VII haben, auszugehen.

Es sind Übergangsbestimmungen vorzusehen, damit die früheren Gleichstellungsverfügungen unter gewissen Bedingungen weiterhin wirksam bleiben -

HAT FOLGENDE ALLGEMEINE DURCHFÜHRUNGSBESTIMMUNGEN ERLASSEN;

ABSCHNITT 1 - ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Artikel 1

Mit diesen allgemeinen Durchführungsbestimmungen sollen die Bedingungen genauer festgelegt werden, unter denen die Gleichstellung einer Person mit einem unterhaltsberechtigten Kind gemäß Artikel 2 Absatz 4 des Anhangs VII zum Statut genährt werden kann.

Diese Gleichstellung wird von der Anstellungsbehörde gewährt, wenn alle nachgenannten Voraussetzungen erfüllt sind.

ABSCHNITT 2 - BESTIMMUNGEN ÜBER DAS ALTERSERFORDERNIS

Artikel 2

Unbeschadet der Bestimmungen der Artikel 11 und 16 muß die Person, deren Gleichstellung beantragt wird, eine der folgenden Voraussetzungen erfüllen;

- älter als 60 Jahre sein;
- jünger als 18 Jahre sein; diese Altersgrenze erhöht sich jedoch auf 26 Jahre, wenn sich die betreffende Person in Schul- oder Berufsausbildung befindet;
- dauernd gebrechlich sein oder an einer Krankheit leiden, die es ihr unmöglich macht, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten.

ABSCHNITT 3

BESTIMMUNGEN ZU DER BEDINGUNG EINER GESETZLICHEN UNTERHALTSVERPFLICHTUNG

Artikel 3

Als gesetzliche Unterhaltsverpflichtung gilt eine Unterhaltsverpflichtung, welche die Rechtsvorschriften gegenüber verwandten oder verschwägerten Personen ausdrücklich vorsehen, ausgenommen vertragliche Verpflichtungen, Naturalobligationen und Entschädigungsverpflichtungen.

Finanzielle Verpflichtungen des Beamten gegenüber seinem Ehegatten oder ehemaligen Ehegatten fallen nicht unter Artikel 2 Absatz 4 des Anhangs VII des Statuts

Artikel 4

(1) Besteht ein Bezug zu mehreren Rechtsvorschriften, so erfolgt die Bestimmung der anzuwendenden Rechtsvorschriften aufgrund der Kollisionsbestimmungen, die von dem zuständigen Gericht - gegebenenfalls auch nach den einschlägigen internationalen Übereinkünften, insbesondere dem am 2. Oktober 1973 in Den Haag unterzeichneten Übereinkommen über das auf Unterhaltspflichten anzuwendende Recht - anzuwenden sind.

(2) Die gerichtliche Zuständigkeit ergibt sich aus den Bestimmungen über Kompetenzkonflikte zwischen Gerichten, gegebenenfalls auch den betreffenden Bestimmungen der einschlägigen internationalen Übereinkünfte, insbesondere des geänderten Brüsseler Übereinkommens vom 27. September 1968 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen.

Bei der Anwendung von Unterabsatz 1 wird davon ausgegangen, dass die Beamten an ihrem Dienstort wohnhaft sind

Artikel 5

Der Beamte hat anhand beweiskräftiger Unterlagen nachzuweisen, daß er gegenüber der betreffenden Person gesetzlich zum Unterhalt verpflichtet ist.

Die zuständigen Dienststellen teilen dem Beamten alle zweckdienlichen Informationen über die Tragweite dieses Abschnitts, insbesondere über die Art der beizubringenden beweiskräftigen Unterlagen mit.

ABSCHNITT 4 - BESTIMMUNGEN OBER DIE BEDINGUNG DER BELASTUNG
MIT ERHEBLICHEN AUSGABEN

Artikel 6

1. Die Aufwendungen des Beamten für den Unterhalt der Person, deren Gleichstellung er beantragt, werden nur bis zu einem Betrag in folgender Höhe berücksichtigt:

- 50 % des Grundgehalts eines Beamten der Besoldungsgruppe D4, Dienstaltersstufe 1, wenn die betreffende Person mit dem Beamten nicht ständig in häuslicher Gemeinschaft lebt;
- 40 % dieses Grundgehalts, wenn sie mit dem Beamten ständig in häuslicher Gemeinschaft lebt.

Von diesen Beträgen sind die Nettoeinkünfte dieser Person abzuziehen.

2. Beantragt der Beamte die Gleichstellung mehrerer Personen, die in häuslicher Gemeinschaft zusammenleben, so sind für den Unterhalt dieser Personen folgende Ausgaben zu berücksichtigen;

- für die erste Person Ausgaben bis zur Höhe der in Absatz 1 genannten Aufwendungen;
- für die zweite Person Ausgaben bis zu 25 % des in Absatz 1 genannten Grundgehalts, wenn diese Person mit dem Beamten nicht ständig in häuslicher Gemeinschaft lebt, und bis zu 20 % im umgekehrten Fall;
- für weitere Personen Ausgaben bis zur Höhe
 - a) des in Artikel 67 Absatz 1 Buchstabe b des Statuts festgelegten Betrags der Zulage für unterhaltsberechtigter Kinder, sofern die Person die in Artikel 2 zweiter Gedankenstrich vorgesehenen Bedingungen erfüllt, oder
 - b) des Mindestbetrags der in Artikel 67 Absatz 1 Buchstabe a des Statuts festgelegten Haushaltszulage, wenn die Person die genannten Bedingungen nicht erfüllt.

Von der Summe dieser Beträge sind die Nettoeinkünfte dieser Personen abzuziehen.

5. Ist die Person, deren Gleichstellung beantragt wird, verheiratet, so werden die Nettoeinkünfte des Ehepaares so berücksichtigt, als ob die Gleichstellung für die Ehegatten beantragt würde.

4. Diese mit dem Unterhalt verbundenen Ausgaben können unter Umständen erhöht werden, wenn die Person, deren Gleichstellung beantragt wird, regelmäßig zusätzliche, nachweisbare Aufwendungen verursacht für

- die Entlohnung einer Krankenpflegerin, deren Anwesenheit bei der betreffenden Person ärztlich verordnet wurde;
- Beiträge zur Krankenversicherung für die betreffende Person;
- Krankheitskosten, die von einer Krankenversicherung nicht erstattet werden, für den Teil, der im Monatsdurchschnitt 2 % des Grundgehalts eines Beamten der Besoldungsgruppe D4, Dienstaltersstufe 1, übersteigt;
- die Unterbringung der betreffenden Person in einem Altersheim bis zu einem Betrag in Höhe von 20 % des Grundgehalts eines Beamten der Besoldungsgruppe D4, Dienstaltersstufe 1.

5. Von dem Antrag auf Gleichstellung einer dritten Person an werden Hochstufaufwendungen für den Unterhalt festgelegt. Sie entsprechen dem Unterschied zwischen dem Nettogehalt des Antragstellers, gegebenenfalls zuzüglich seiner sonstigen Nettoeinkünfte, und dem Grundgehalt eines Beamten der Besoldungsgruppe D4, Dienstaltersstufe 1, gegebenenfalls zuzüglich der Haushaltszulage und der Zulage(n) für unterhaltsberechtigte Kinder. Ist der so errechnete Betrag niedriger als die durch die übrigen Bestimmungen des Abschnitts 4 bestimmten Aufwendungen für den Unterhalt, so dient dieser Betrag als Bezugsgröße für die Festsetzung der Belastung mit erheblichen Ausgaben.

Artikel 7

1. Sind außer dem Beamten noch weitere Personen der Person gegenüber, deren Gleichstellung beantragt wird, gesetzlich zum Unterhalt verpflichtet, so vermindert sich der Betrag der nach Artikel 6 zu berücksichtigenden Aufwendungen um den Anteil der Ausgaben für den Unterhalt dieser Person, welcher von den anderen Personen, die gesetzlich zum Unterhalt verpflichtet sind, zu tragen ist.

Zur Bestimmung dieses Betrags wird davon ausgegangen, daß alle Personen, die der Person gegenüber, deren Gleichstellung beantragt wird, gesetzlich zum Unterhalt verpflichtet sind, die in Artikel 6 festgelegten Ausgaben für den Unterhalt im Verhältnis zu ihren verfügbaren Einkünften bestreiten.

2. Als verfügbare Einkünfte im Sinne von Absatz 1 gelten die Nettoeinkünfte jeder dieser Personen, abzüglich

- eines Betrags in Höhe von 50 % des Grundgehalts eines Beamten der Besoldungsgruppe D4, Dienstaltersstufe 1;
- eines Betrags in Höhe des Mindestsatzes der in Artikel 67 Absatz 1 Buchstabe a vorgesehenen Haushaltszulage, falls die Person verheiratet ist, die der Person gegenüber, deren Gleichstellung beantragt wird, gesetzlich zum Unterhalt verpflichtet ist;
- eines Betrags in Höhe des Betrags der in Artikel 67 Absatz 1 Buchstabe b des Statuts vorgesehenen Zulage für unterhaltsberechtigter Kinder für jedes unterhaltsberechtigter Kind.

Sind zwei dieser Personen Ehegatten, so werden abweichend von dem zweiten und dritten Gedankenstrich die Einkünfte der Person mit den höchsten Einkünften um einen Betrag in Höhe des in Absatz 2 vorgesehenen Satzes der Haushaltszulage und um einen Betrag in Höhe des Betrags der Zulage für unterhaltsberechtigter Kinder für jedes unterhaltsberechtigter Kind vermindert.

Artikel 8

Als Einkünfte der Person, deren Gleichstellung beantragt wird, und als Einkünfte der Personen, die dieser Person gegenüber gesetzlich zum Unterhalt verpflichtet sind, gelten Einkünfte aller Art, insbesondere auch Renten, Familienzulagen und sonstige Zulagen sowie Ruhegehälter.

Das gleiche gilt für den Nutzwert einer Wohnung, deren Eigentümer oder Nutznießer die Person ist, deren Gleichstellung beantragt wird. Dieser Nutzwert wird auf 12 7. des Grundgehalts eines Beamten der Besoldungsgruppe D4, Dienstaltersstufe 1, festgesetzt.

Maßgebend sind die monatlichen Nettoeinkünfte der betroffenen Personen, die durch Division ihrer jährlichen Nettoeinkünfte durch zwölf errechnet werden.

Artikel 9

Auf die im Statut vorgesehenen und in den Artikeln 6 bis 8, 10 und 13 dieser allgemeinen Durchführungsbestimmungen genannten Beträge werden die Berichtigungskoeffizienten angewandt, die für das Land der dienstlichen Verwendung des Beamten und den Wohnort der anderen betroffenen Personen festgesetzt wurden.

Lauten die in den Artikeln 6 bis 8, 10 und 13 dieser allgemeinen Bestimmungen genannten Einkünfte nicht auf belgische Franken, so werden sie zum monatlichen Buchungskurs des Tages, an dem das Recht wirksam wird, in diese Währung umgerechnet.

Artikel 10

Unbeschadet der Bestimmungen der Artikel 11 und 16 wird davon ausgegangen, daß der Unterhalt der Person, deren Gleichstellung von dem Beamten beantragt wird, ihn mit erheblichen Ausgaben belastet, wenn der Betrag der nach Artikel 6 zu berücksichtigenden Ausgaben für den Unterhalt, abzüglich

- der gemäß Artikel 7 geleisteten Beiträge anderer Personen zum Unterhalt und
 - des Gesamtbetrags der übrigen Nettoeinkünfte des Beamten
- 20 % des steuerpflichtigen Betrags der Dienstbezüge des Beamten übersteigt.

Dieser Satz erhöht sich für jede weitere Person, deren Gleichstellung von dem Beamten beantragt wird, um 10 %.

Artikel 11

Die Anstellungsbehörde kann ausnahmsweise im Benehmen mit den Verwaltungen der anderen Organe dem Beamten die Gleichstellung gewähren, wenn der Betrag der Ausgaben für den Unterhalt, gegebenenfalls abzüglich der in Artikel 10 vorgesehenen Beträge höchstens dem in diesem Artikel festgesetzten Prozentsatz des steuerpflichtigen Betrags der Dienstbezüge des Beamten entspricht oder wenn die einem unterhaltsberechtigten Kind gleichzustellende Person mindestens 55 Jahre alt ist und sofern der Unterhalt dieser Person den Beamten mit besonders hohen Ausgaben belastet.

ABSCHNITT 5 - BESTIMMUNGEN OBER DIE GLEICHSTELLUNGSVERFÜGUNG

Artikel 12

1. Die Verfügung der Anstellungsbehörde ergeht auf der Grundlage eines schriftlichen Antrags mit Belegen für alle Faktoren, die gemäß diesen allgemeinen Bestimmungen zu berücksichtigen sind.

2. Ergeht eine positive Verfügung, so wird diese am ersten Tag des Monats wirksam, in dem der Beamte seinen Antrag eingereicht hat, und tritt spätestens ein Jahr danach außer Kraft.

Eine Verlängerung kann beantragt werden.

3. Der Beamte hat jede Veränderung der Bedingungen, unter denen die Gleichstellung verfügt wurde, mitzuteilen.

Sind nach einer solchen Veränderung die Bedingungen für die Aufrechterhaltung der Verfügung nicht mehr erfüllt, so wird diese Verfügung mit Wirkung vom ersten Tag des Monats aufgehoben, der auf den Monat folgt, in dem die Veränderung eingetreten ist.

Artikel 13

1. Der Beamte hat ab dem Zeitpunkt, zu dem eine Gleichstellungsverfügung ergeht, nachzuweisen, daß er regelmäßig zum Unterhalt der gleichgestellten Person beiträgt und daß seine diesbezüglichen monatlichen Ausgaben mindestens den beiden wie folgt berechneten Beträgen entsprechen:

- 20 % des steuerpflichtigen Betrags seiner Dienstbezüge, zuzüglich des Gesamtbetrags seiner übrigen Nettoeinkünfte,

- dem um 20 % erhöhten Betrag der Zulage für unterhaltsberechtigter Kinder nach Artikel 2 Absatz 1 des Anhangs VII zum Statut.

2. Erreicht der Beamte die Gleichstellung mehrerer Personen, so ist der in Absatz 1 erster Gedankenstrich vorgesehene Satz - von der zweiten Person an - für jede dieser Personen um 10 % zu erhöhen und der unter dem zweiten Gedankenstrich vorgesehene Betrag mit der Anzahl dieser Personen zu multiplizieren.

3. Der in Absatz 1 genannte Nachweis ist nicht erforderlich, wenn die gleichgestellte Person mit dem Beamten ständig in häuslicher Gemeinschaft lebt.

Die zuständigen Dienststellen können jederzeit mit allen geeigneten Mitteln nachprüfen, ob diese Bedingung erfüllt ist.

4. Wird kein Nachweis für die Unterhaltszahlung während der gesamten Geltungsdauer oder eines Teils der Geltungsdauer der Verfügung erbracht, so werden deren Wirkungen für die betreffenden Zeiträume ausgesetzt und die Beträge, die der Beamte für diese Zeiträume gegebenenfalls erhalten hat, von der Verwaltung gemäß Artikel 85 des Statuts zurückgefordert.

ABSCHNITT 6 - AUFHEBUNGS-, ÜBERGANGS- UND SCHLÜSSBESTIMMUNGEN

Artikel 14

Die allgemeinen Durchführungsbestimmungen vom 30. Oktober 1975 werden durch diese Bestimmungen aufgehoben und ersetzt.

Artikel 15

Die aufgrund der allgemeinen Durchführungsbestimmungen vom 30. Oktober 1975 ergangenen Gleichstellungsverfügungen gelten bis zum Ablauf der darin festgesetzten Frist, wenn sich die Bedingungen, unter denen die Verfügungen zustande gekommen sind, nicht ändern.

Artikel 16

Die Zulage kann für eine Frau im Alter von 55 bis 60 Jahren weiter gewährt werden, wenn sie bei Inkrafttreten dieser Bestimmungen für diese Frau gewährt wird.

Die Bedingung, daß Frauen 60 Jahre alt sein müssen, gilt erst im fünften Jahr nach dem Inkrafttreten dieser Bestimmungen.

Das Alter, ab dem die Gleichstellung einer Frau gewährt werden kann, beträgt im ersten Jahr nach dem Inkrafttreten dieser Bestimmungen 56 Jahre, im zweiten Jahr 57 Jahre, im dritten Jahr 58 Jahre und im vierten Jahr 59 Jahre.

Artikel 17

Die Beträge der zu berücksichtigenden Aufwendungen für den Unterhalt der Person, deren Gleichstellung beantragt wird, finden erst im fünften Jahr nach-dem Inkrafttreten dieser Bestimmungen Anwendung.

Für die erste Person,

- sofern sie mit dem Beamten nicht ständig in häuslicher Gemeinschaft lebt, belaufen sich diese Beträge im ersten Jahr nach dem Inkrafttreten dieser Bestimmungen auf 58 % des Grundgehalts eines Beamten der Besoldungsgruppe D4, Dienstaltersstufe 1, im zweiten Jahr auf 56 %, im dritten Jahr auf 54 % und im vierten Jahr auf 52 %;
- sofern sie mit dem Beamten ständig in häuslicher Gemeinschaft lebt, belaufen sich diese Beträge im ersten vorerwähnten Jahr auf 56 %, im zweiten Jahr auf 52%, im dritten Jahr auf 48 % und im vierten Jahr auf 44 % des genannten Grundgehalts.

Für die zweite Person,

- sofern sie mit dem Beamten nicht ständig in häuslicher Gemeinschaft lebt, belaufen sich diese Beträge im ersten vorerwähnten Jahr auf **29 %**, im zweiten Jahr auf **28 %**, im dritten Jahr auf **27 %** und im vierten Jahr auf **26 %** des genannten Grundgehalts;
- sofern sie mit dem Beamten ständig in häuslicher Gemeinschaft lebt, belaufen sich diese Beträge im ersten vorerwähnten Jahr auf **28 %**, im zweiten Jahr auf **26 %**, im dritten Jahr auf **24 %** und im vierten Jahr auf **22 %** des genannten Grundgehalts.

Artikel 18

Diese Bestimmungen gelten für die Bediensteten auf Zeit und die Hilfskräfte entsprechend.

Artikel 19

Diese Bestimmungen treten am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf den Monat folgt, in dem sie von der Kommission erlassen wurden.

**New «general implementing provisions» concerning
persons to be treated as dependent children
(article 2, paragraph 4 of annexe VII
of the Staff Regulations)**

In annexe are the new general implementing provisions" adopted by the Commission on 28 September 1989 and effective from 1 October 1989, concerning persons to be treated as dependent children. These provisions rescind and replace those adopted by the Commission on 30 October 1975.

Richard HAY
Director-General of
Personnel and Administration

**General Implementing provisions concerning persons
to be treated as dependent children
(adopted by the Commission on 28 September 1989
with effect from 1 October 1989)**

EXPLANATORY NOTE

On 30 October 1975 the Commission adopted general provisions for giving effect to Article 2(4) of Annex VII to the Staff Regulations concerning persons to be treated as dependent children.

New general implementing provisions now need to be adopted for the following reasons:

For a person to be treated as a dependent child, three conditions must be met:

- the official must have a legal responsibility to maintain the person in question;
- the maintenance of that person must involve heavy expenditure;
- the person must satisfy certain age requirements.

The amendments introduced relate to these three points.

1. Legal responsibility for maintenance

In the general provisions of 1975 for the purposes of determining whether this condition was met, reference was made solely to the law of the country of which the official was a national.

In addition to being legally unsound, this method produced very different results depending on the nationality of the official.

The practice of giving precedence to the law of the official's country of nationality is arbitrary, given that factors may exist connecting the case with the law of more than one country (for instance the official's place of residence, or the nationality or place of residence of the person to be treated as a dependent child).

The extent to which individuals are legally responsible for the maintenance of members of their family varies considerably among those Member States which recognize such an obligation, while in other Member States the concept of legal responsibility for maintenance does not even exist. Depending on the official's nationality, relatives of varying degrees of closeness could be treated as dependent children, or the possibility could be excluded entirely.

The new general provisions (adopted on 28 September 1989) given that the Community has no jurisdiction in a purely civil matter such as this and that a Community-wide definition of the concept of legal responsibility for maintenance is therefore ruled out make reference to the international conventions on the subject. The Hague Convention on the Law Applicable to Maintenance Obligations stipulates that the laws which apply are, in order of precedence, the law of the habitual residence of the maintenance creditor (in this case, the person whose treatment as a dependent child is requested) or, if that law does not recognize responsibility for maintenance, the law of the common nationality of the parties concerned. Finally, if there is no common nationality or the law of that country does not recognize responsibility for maintenance, the law of the authority seized (in this case the judge) applies.

In order for a maintenance obligation to take effect, its existence must be sanctioned by a court. In cases where reference could be made to the courts of more than one country (for instance, the courts in the official's country of residence, e.g. Belgium or Luxembourg, or in the country of residence of the other party, e.g. Italy, Greece or Spain), a decision must also be reached as to which court is competent should the person whose treatment as a dependant is sought sue the official for non-payment of maintenance. The solution is provided by the Brussels Convention on Jurisdiction, adopted pursuant to Article 220 of the EEC Treaty, which states that the courts of the country in which the defendant (in this case, the official) or the creditor (the person treated as a dependant) is domiciled have jurisdiction.

This in no sense implies that the administration wishes to see the official and the person whose treatment as a dependant is requested become involved in legal proceedings. It is purely a mechanism designed to offer watertight legal guarantees that the condition in respect of legal responsibility for maintenance is in fact met.

The advantages of such a system over one which relies solely on the law of the official's country of nationality are twofold:

1. greatly enhanced legal certainty;
 2. in the vast majority of cases, the nationality of the official is no longer an obstacle.
2. Heavy expenditure

The wording of Article 2(4) of Annex VII is more restrictive than any other provision of the Staff Regulations relating to allowances, as it combines the following restrictive terms: "Any person whom the official has a legal responsibility to maintain and whose maintenance involves heavy expenditure

may, exceptionally, be treated as if he were a dependent child by special reasoned decision of the appointing authority, based on supporting documents."

Obviously, therefore, it was the intention of the legislators to restrict the application of this provision.

It should further be borne in mind that the granting of the dependent child allowance can in some cases confer considerable benefits, such as additional tax relief, or entitlement to sickness insurance cover or to an orphan's pension.

Accordingly, certain amendments needed to be made to the 1975 provisions to ensure that treatment as a dependent child is granted only where it is fully justified.

These amendments relate mainly to the presumed cost of maintenance which, under the new implementing provisions, is to be reduced from 60% to 50% of the basic salary of an official in the first step of grade D4, if the person whose treatment as a dependent child is requested does not live with the official, and to 40% if he resides in the official's household (maintenance costs obviously being lower in the second instance).

However, two measures are planned to ensure that this amendment does not adversely affect current recipients:

1. the revised percentages are to take effect only after a transitional period of five years, being introduced progressively over that period;
2. an exceptional provision is to be included to enable the allowance to be granted in some cases in respect of persons who do not meet the financial requirements. In order to prevent excessive use being made of this provision, its application by any institution will be subject to consultation with the other institutions .

The other proposed amendments involve clarifications designed to ensure uniform application of the provisions by the different institutions (e.g. a provision specifying that the rate to be used for currency conversions is the monthly accounting rate), as well as some minor amendments taken from the provisions recently approved in respect of the granting of the household allowance by special decision.

3. Age requirement

In accordance with the overriding principle of equal treatment, the minimum age at which women may be treated as dependent children is to be raised to 60, in line with the minimum age for men. The alternative of fixing the age limit for both at 55 would be untenable, in view of the very restrictive nature of Article 2(4) of Annex VII and the financial consequences. In the majority of Member States, the retirement age for

women has been raised in recent years from 55 to 60. Moreover, the allowance was not intended, and should not be used, as a substitute for the national payments made to men of 55 and over who are not in paid employment.

However, a transitional provision is to be included so that officials in receipt of the allowance under the 1975 provisions in respect of women between the ages of 55 and 60 can continue to receive it.

In addition, a five-year transitional period, during which the age limit will be raised progressively from 55 to 60, will apply to first-time applications in respect of women which are made after the new general implementing provisions come into force.

Finally, if the person in respect of whom the allowance is requested does not satisfy the requirements but is at least 55 years of age, the allowance may in some cases be granted on condition that the maintenance of that person involves "particularly heavy expenditure" for the official. To prevent excessive use of this provision, the other institutions must first be consulted (see previous page, point 2).

PERSONS TREATED AS DEPENDENT CHILDREN

GENERAL PROVISIONS FOR GIVING EFFECT TO ARTICLE 2(4)
OF ANNEX VII TO THE STAFF REGULATIONS

THE COMMISSION OF THE EUROPEAN COMMUNITIES

Having regard to the Staff Regulations of Officials of the European Communities and the Conditions of Employment of Other Servants of the European Communities laid down by Council Regulation (EEC, Euratom, ECSC) No 259/68,¹ as last amended by Regulation (EEC, Euratom, ECSC) No 2187/89 of 18 July 1989 ,² and in particular Articles 67 and 110 of the Staff Regulations, Article 2(4) of Annex VII to the Staff Regulations and Article 103 of the Conditions of Employment,

Having regard to the Opinion of the Staff Regulations Committee,

After consulting the Staff Committee,

Whereas it is necessary, in the light of experience, to revise the general provisions for giving effect to Article 2(4) of Annex VII to the Staff Regulations adopted by the Commission on 30 October 1975;

Whereas, generally, under Article 2(4) of Annex VII to the Staff Regulations treatment of a person as a dependent child may be allowed only exceptionally "by special reasoned decision of the appointing authority";

1 OJ L 56, 4.3.1968, p.1.

2 OJ L 209, 21.7.1989 , p.1.

Whereas the appointing authority, in assessing the facts and circumstances invoked in support of applications for such treatment, thus enjoys a wide margin of discretion; whereas, in the interests of equal treatment for all officials, objective criteria should however be established in order to ensure that these powers of assessment are exercised uniformly;

Whereas to this end there is a need in particular to define the age limits for persons who may be treated as dependent children and the factors to be considered in assessing whether their maintenance involves heavy expenditure for the official;

Whereas, with regard to the requirement for the official to have a legal responsibility for maintaining the person to be treated as a dependent child, closer reference should be made to the civil law and the private international law of the Member States, maintaining however the principle implicit in the Staff Regulations that officials shall not acquire a right to the allowance provided for in Article 2(4) of Annex VII in respect of spouses or former spouses;

Whereas provision should be made for transitional arrangements to enable earlier decisions authorizing treatment as a dependent child to remain operative under certain conditions,

HAS ADOPTED THESE GENERAL PROVISIONS:

SECTION 1 - GENERAL

Article 1

The purpose of these general provisions is to specify the conditions under which a person may be treated as a dependent child pursuant to Article 2(4) of Annex VII to the Staff Regulations.

Treatment as a dependent child shall be authorized by the appointing authority provided that all the conditions set out below are satisfied.

SECTION 2 - AGE

Article 2

Without prejudice to the provisions of Articles 11 and 16 the person whose treatment as a dependent child is requested must be:

- more than 60 years of age; or
- less than 18 years of age, or less than 26 years of age if the person concerned is receiving educational or vocational training; or
- prevented by illness or invalidity from earning a living.

SECTION 3 - LEGAL RESPONSIBILITY FOR MAINTENANCE

Article 3

Legal responsibility for maintenance means the obligation between relatives by blood or marriage expressly laid down by the law, to the exclusion of any obligation of a contractual, moral or compensatory nature.

The official's financial obligations with regard to his spouse or former spouse are not covered by Article 2(4) of Annex VII to the Staff Regulations.

Article 4

1. Where there exist factors connecting the case with more than one law, the applicable law shall be determined in accordance with the rules concerning conflicts of laws applicable by the court having jurisdiction including, where appropriate, those laid down by the relevant international agreements, notably the Convention on the Law Applicable to Maintenance Obligations signed in The Hague on 2 October 1973.

2. The court having jurisdiction shall be determined in accordance with the rules concerning the choice of court including, where appropriate, those laid down by the relevant international agreements, notably the amended Brussels Convention of 27 September 1968 on Jurisdiction and the Enforcement of Judgments in Civil and Commercial Matters.

For the purpose of the provision set out in the above subparagraph, officials shall be deemed to be resident at their place of employment.

Article 5

It shall be for the official to establish the existence of legal responsibility for maintenance, on the basis of supporting documents.

The appropriate departments shall provide the official with any guidance needed on this Section, particularly with regard to the nature of the supporting documents required.

SECTION 4 - HEAVY EXPENDITURE

Article 6

1. The cost to the official of maintaining the person whose treatment as a dependent child is requested shall be taken into consideration only up to an amount equalivent to:

- 50% of the basic salary of an official in the first step of grade D4, where that person does not permanently reside in the official's household;
- 40% of that basic salary where that person permanently resides in the official's household;

the said amounts being reduced by the person's net income.

2. Where an official requests that several persons living together in the same household be treated as dependent children, the cost of maintaining those persons shall be taken into consideration:

- for the first person, up to the amount specified in paragraph 1;
- for the second person, up to 25% of the basic salary referred to in paragraph 1 where that person does not permanently reside in the official's household and 20% where he or she does;
- for the remaining person(s), up to:
 - (a) the amount of the dependent child allowance specified in Article 67(1)(b) of the Staff Regulations where the person satisfies the conditions laid down in the second indent of Article 2; or
 - (b) the minimum amount of the household allowance specified in Article 67(1)(a) of the Staff Regulations for any other person;

the said amounts being reduced by the net income of those persons.

3. Where the person whose treatment as a dependent child is requested is married, the net incomes of the couple shall be taken into consideration as if treatment as dependent children were being requested for both spouses.

4. An increase in this cost of maintenance may be taken into consideration where evidence is provided of regular additional expenditure occasioned by the person whose treatment as a dependent child is requested, in respect of:

- payment of a nurse whose attendance on that person has been ordered by a doctor;
- contributions to a sickness insurance scheme for that person;
- medical expenses not reimbursed by a sickness insurance scheme in excess of, as a monthly average, 2% of the basic salary of an official in the first step of grade D4;
- board and lodging in a home for the elderly, up to an amount equivalent to 20% of the basic salary of an official in the first step of grade D4.

5. A maximum cost of maintenance shall be determined in the case of an official requesting treatment of three or more persons as dependent children. It shall correspond to the difference between the official's net salary plus any other net income, and the basic salary of an official in the first step of grade D4 plus any household allowance and dependent child allowance(s). Should the amount thus obtained be less than the cost of maintenance as determined by the other provisions of Section 4, it is that amount which shall serve as the reference for establishing heavy expenditure.

Article 7

1. Where persons other than the official also have a legal responsibility for maintaining the person whose treatment as a dependent child is requested, the cost taken into consideration in accordance with Article 6 shall be reduced by that part of the cost of maintaining that person which is required to be borne by the other persons having a legal responsibility for his maintenance.

For the purpose of determining that amount, all the persons with a legal responsibility for maintaining the person whose treatment as a dependent child is requested shall be presumed to share the cost of maintenance specified in Article 6 in proportion to their disposable income.

2. For the purpose of the above paragraph "disposable income" means the net income of each of those persons, less

- an amount equal to 50% of the basic salary of an official in the first step of grade D4;
- an amount equal to the minimum household allowance specified in Article 67(1)(a) of the Staff Regulations, where the person having a legal responsibility to maintain the person whose treatment as a dependent child is requested is married;
- an amount equal to the dependent child allowance specified in Article 67(1)(b) of the Staff Regulations, for each dependent child.

Notwithstanding the second and third indents above, where two of those persons are husband and wife, the income of the one having the higher income shall be reduced by an amount equal to the household allowance referred to in the preceding indent and by an amount equal to the dependent child allowance, for each child maintained jointly by them.

Article 8

The income of the person whose treatment as a dependent child is requested and that of the persons having legal responsibility for his maintenance means income of any kind, including unearned income, family allowances and other allowances and pensions.

It also includes the rental value of any dwelling owned by the person whose treatment as a dependent child is requested or of which he is the usufructuary. This rental value shall be fixed at 12% of the basic salary of an official in the first step of grade D4.

The income to be taken into consideration shall be the net monthly income of the persons concerned, calculated by dividing net annual income by twelve.

Article 9

The amounts laid down in the Staff Regulations and referred to in Articles 6, 7, 8, 10 and 13 of these general provisions shall be weighted using the weightings fixed for the official's country of employment and the place of residence of the other persons concerned.

Where the income referred to in Articles 6, 7, 8, 10 and 13 of these general provisions is not expressed in Belgian francs, it shall be converted into that currency using the monthly accounting exchange rate obtaining on the day on which entitlement takes effect.

Article 10

Without prejudice to Articles 11 and 16 maintenance of the person whose treatment as a dependent child is requested shall be deemed to involve heavy expenditure for the official where the amount of the cost of maintenance is taken into consideration in accordance with Article 6, less:

- the amount of the contributions by other persons to this maintenance in accordance with Article 7; and
- all the official's net income from other sources;

is more than 20% of the taxable amount of the official's remuneration.

This percentage shall be increased by ten in respect of each of the other persons whose treatment as dependent children is requested.

Article 11

By way of exception the appointing authority may, in agreement with the administrations of the other institutions, authorize treatment as a dependent child where the amount of the cost of maintenance reduced, where appropriate, by the amounts specified in Article 10, is equal to or less than the percentage of the taxable amount of the official's remuneration specified in that Article or where the person whose treatment as a dependent child is requested is at least 55 years of age, on condition that maintenance of that person involves particularly heavy expenditure for the official.

SECTION 5 - DECISION TO AUTHORIZE TREATMENT
AS A DEPENDENT CHILD

Article 12

1. The decision by the appointing authority shall be taken on the basis of a written application accompanied by documentary evidence concerning all the factors which must be taken into account pursuant to these general provisions.

2. Where a favourable decision is taken, it shall take effect from the first day of the month during which the official made his application and shall cease to be valid one year from that date at the latest.

An application may be made for it to be renewed.

3. The official is required to notify any change which occurs in the circumstances on which the favourable decision was based.

Where the conditions for the maintenance in force of this decision cease to be satisfied as the result of such a change, the decision shall be revoked with effect from the first day of the month following that during which the change occurred.

Article 13

1. From the time the favourable decision is taken, the official must provide evidence that he is contributing regularly to the maintenance of the person being treated as a dependent child by a monthly amount at least equal to:

- 20% of the taxable amount of his remuneration, plus all his other net income; or

- the amount of the dependent child allowance specified in Article 2(1) of Annex VII of the Staff Regulations plus 20%;

whichever is the higher.

2. Where the treatment of several persons as dependent children is authorized, the percentage specified in the first indent of the above paragraph shall be increased by ten in respect of each of those persons after the first, and the amount specified in the second indent shall be multiplied by the number of those persons.

3. The evidence referred to in paragraph 1 shall not be required where the person treated as a dependent child permanently resides in the official's household.

The responsible department may check at any time and by any appropriate means that this condition is being met.

4. In the absence of proof of payment for all or part of the term of validity of the decision, the said decision shall cease to be operative for the periods concerned and any sums received by the official for those periods shall be recovered by the administration in accordance with Article 85 of the Staff Regulations.

SECTION 6 - REPEALING, TRANSITIONAL AND FINAL PROVISIONS

Article 14

These provisions repeal and replace those adopted on 30 October 1975.

Article 15

The decisions authorizing treatment as dependent children taken on the basis of the general provisions of 30 October 1975 shall remain valid until expiry of the time limit set in those decisions, if the conditions on the basis of which they were taken have not changed.

Article 16

Allowances being paid in respect of women aged between 55 and 60 when these provisions come into force may continue to be paid.

The age limit of 60 for women shall not apply until the fifth year from entry into force of these provisions.

The minimum age at which women may be treated as dependent children shall be 56 during the first year, 57 during the second year, 58 during the third year and 59 during the fourth year from entry into force of these provisions.

Article 17

The amounts indicated to be taken into consideration for the purpose of the cost of maintaining the person whose treatment as a dependent child is requested shall not apply until the fifth year from entry into force of these provisions.

For the first person,

- where that person does not permanently reside in the official's household, the amount shall be 58% of the basic salary of an official in the first step of grade D4 during the first year, 56% during the second year, 54% during the third year and 52% during the fourth year from entry into force of these provisions;
- where that person permanently resides in the official's household, the amount shall be 56% of that basic salary during the first year, 52% during the second year, 48% during the third year and 44% during the fourth year.

For the second person,

- where that person does not permanently reside in the official's household, the amount shall be 29% of that basic salary during the first year, 28% during the second year, 27% during the third year and 26% during the fourth year;
- where that person permanently resides in the official's household, the amount shall be 28% of that basic salary during the first year, 26% during the second year, 24% during the third year and 22% during the fourth year.

Article 18

These provisions shall apply by analogy to temporary staff and auxiliary staff.

Article 19

These provisions shall take effect on the first day of the month following that in which they are adopted by the Commission.

**Nouvelles «Dispositions générales d'exécution»
en matière de personnes assimilées aux enfants à charge
(article 2, paragraphe 4 de l'annexe VII du Statut)**

les fonctionnaires et autres agents de la Commission voudront bien trouver en annexe le texte des nouvelles "Dispositions Générales d'Exécution" (ci-après "DGE") en matière de personnes assimilées aux enfants à charge, arrêtées par la Commission le 28 septembre 1989 et entrées en vigueur le 1er octobre 1989. Ces "DGE" abrogent et remplacent celles que la Commission avait adoptées le 30 octobre 1975.

Richard HAY
Directeur général du Personnel
et de l'Administration

**Dispositions générales d'exécution en matière
de personne assimilée à l'enfant à charge
(adoptées par la Commission le 28 septembre 1989
et entrées en vigueur le 1er octobre 1989)**

NOTE EXPIICATIVE

Par décision en date du 30 octobre 1975, la Commission avait adopté les Dispositions générales d'exécution (ci-après "D.G.E.") en matière de personne assimilée à l'enfant à charge (article 2 paragraphe 4 du l'annexe VII du statut).

Il s'est avéré nécessaire de faire adopter de nouvelles "D.G.E." en la matière pour les raisons suivantes :

l'assimilation d'une personne à un enfant à charge est subordonnée à trois conditions :

- que le fonctionnaire ait une obligation alimentaire légale à l'égard de cette personne ;
- que l'entretien de cette personne lui impose de lourdes charges ,
- que cette personne satisfasse à certaines exigences d'âge.

les modifications introduites concernent ces trois points.

1. Condition de l'obligation alimentaire légale

Pour déterminer si cette condition était remplie on prenait en considération dans le cadre des "DGE" de 1975 la seule nationalité du fonctionnaire, à l'exclusion de tout autre critère possible.

Or, cette méthode était juridiquement mal fondée et elle aboutissait, d'autre part, à des résultats extrêmement différents selon la nationalité de l'intéressé.

Il est apparu en effet arbitraire de faire prévaloir le Droit national du fonctionnaire lorsqu'existent des éléments de rattachement possibles à d'autres Droits (de la résidence du fonctionnaire, de la nationalité de l'"assimilabié", de la résidence de celui-ci).

l'étendue des obligations alimentaires entre membres d'une même famille varie de plus beaucoup entre les Etats membres qui reconnaissent de telles obligations, alors que la notion d'obligation alimentaire est inconnue du droit d'autres Etats membres. Suivant sa nationalité, le fonctionnaire pouvait obtenir l'assimilation de parents plus ou moins éloignés, ou ne pouvait l'obtenir dans aucun cas.

les nouvelles "DGE" (adoptées le 28 septembre 1989), a défaut de pouvoir établir une notion communautaire d'obligation alimentaire - la Communauté n'ayant pas de compétence dans une matière de pur Droit civil comme celle-là, ont fait appel aux conventions internationales en la matière.

40- I.A. N°608-30.10.89

la convention de la Haye sur la loi applicable aux obligations a li inentai res désigne successivement comme loi applicable la loi de la résidence habituelle du créancier d'aliments (en l'espèce, l'"assimilable") puis, si elle ne reconnaît pas d'obligation alimentaire, celle de la nationalité commune des parties, puis, à défaut de nationalité commune ou de reconnaissance d'obligation de cette loi, la loi de l'autorité (concrètement du juge) saisie.

Pour qu'une obligation alimentaire devienne exécutoire, il est en effet nécessaire que son existence soit sanctionnée par une juridiction. lorsque des juridictions de plusieurs Etats pourraient être saisies (celle de la résidence du fonctionnaire - par exemple Belgique ou Luxembourg - et celle de la résidence de l'"assimilabié" - par exemple Italie, Grèce ou Espagne), il faut aussi savoir laquelle serait compétente pour connaître de l'action en reconnaissance d'aliments qu'intenterait éventuellement l'"assimilable" à l'égard du fonctionnaire. C'est la convention de Bruxelles sur la compétence judiciaire, prise en application de l'article 220 du traité CEE, qui fournit la solution à cet égard, en déclarant compétent le tribunal du domicile du défendeur (le fonctionnaire) ou celui du créancier d'aliments (l'"assimilabié").

Il convient de préciser que l'administration ne veut absolument pas exiger qu'un procès s'engage entre le fonctionnaire et la personne dont il demande l'assimilation. Il s'agit seulement ici d'un mécanisme destiné à s'assurer de manière juridiquement sûre que la condition de l'obligation alimentaire légale est bien remplie.

les avantages de ce système sur celui faisant exclusivement appel à la loi nationale du fonctionnaire sont ;

1. qu'une sécurité juridique bien accrue est désormais atteinte ;
2. que, dans la grande majorité des cas. la nationalité du fonctionnaire n'est plus un obstacle à l'assimilation.

2. Condition de lourdes charges

Il y a lieu de souligner que le libellé de la disposition en cause est le plus sévère de toutes les dispositions statutaires relatives à des allocations ou indemnités. l'article 2 paragraphe 4 de l'annexe VII est en effet le seul à cumuler l'emploi des mots restrictifs suivants : "Peut être exceptionnellement assimilée à l'enfant à charge par décision spéciale et motivée de l'A.I.P.M., prise sur la base de documents probants, toute personne à l'égard de laquelle le fonctionnaire a des obligations légales et dont l'entretien lui impose de lourdes charges".

Il apparaît donc que l'intention du législateur a été de donner à ce texte une application limitée.

De plus. l'octroi de l'allocation entraîne des avantages qui peuvent être considérables (abattement d'impôt supplémentaire - dans certaines conditions, couverture contre les risques de maladie - octroi d'une pension d'orphelin - notamment).

Dans ces conditions, il est devenu nécessaire d'apporter des retouches ,aux DGE de 1975, de sorte à n'accorder le bénéfice de l'assimilation que dans les cas pour lesquels cela est pleinement justifié.

Ces retouches concernent principalement la charge présumée d'entretien, qui passe de 60 à 50 % du traitement de base d'un D4-1 lorsque l'assimilé ne vit pas avec le fonctionnaire et à 40 Si de ce traitement lorsqu'il habite sous le toit du fonctionnaire, cette différenciation étant justifiée parce que les frais d'entretien d'une personne sont à l'évidence moindres dans ce dernier cas.

Toutefois, pour que cette modification ne s'opère pas au détriment des bénéficiaires actuels, deux mesures sont prévues :

1. les pourcentages nouveaux ne seront d'application qu'après une période transitoire de cinq ans, au cours de laquelle on passe progressivement du pourcentage actuel à ceux proposés ;
2. une disposition dérogatoire spéciale permet d'accorder l'allocation au titre de personnes qui ne satisfont pas aux conditions financières de droit commun ; pour éviter tout débordement, son application par une institution sera subordonnée à la consultation des autres.

les autres retouches consistent en des précisions destinées à prévenir des applications divergentes d'une institution à l'autre (exemple : précision que le taux à utiliser pour les conversions monétaires est le taux comptable mensuel) ou sont reprises des dispositions récemment approuvées en matière d'allocation de foyer par décision spéciale et sont de caractère mineur.

3. Conditions d'âge

le principe supérieur d'égalité de traitement a conduit à aligner l'âge minimum à compter duquel un fonctionnaire peut demander l'allocation au titre d'une dame à 60 ans, comme au titre d'un homme. l'égalisation à 55 ans pour les deux sexes parait au contraire inconciliable tant avec le caractère très restrictif de l'article 2 paragraphe 4 de l'annexe VIM qu'avec les incidences financières qu'aurait cette innovation. En effet? dans la plupart des Etats membres, l'âge de la retraite des femmes a été porté dans les dernières années de 55 à 60 ans. En outre, l'allocation n'a pas été conçue et ne saurait être utilisée comme instrument substitutif aux prestations nationales accordées aux hommes sans emploi de 55 ans et plus.

Une disposition transitoire est toutefois prévue, de manière à continuer à pouvoir accorder l'allocation au titre des femmes de 55 à 60 ans lorsque tel était le cas sous l'empire des DGE de 1975.

En plus, pour les femmes dont l'assimilation est demandée pour la première fois après l'entrée en vigueur des nouvelles "D.G.E.", une période transitoire de cinq ans est prévue, au cours de laquelle on passe progressivement de l'âge de 55 ans à celui de 60 ans.

Finalement, si la personne dont l'assimilation est demandée ne remplit pas les conditions nécessaires mais est âgée d'au moins 55 ans et impose au fonctionnaire des "charges particulièrement lourdes", elle peut être assimilée à un enfant à charge, après consultation des autres institutions, afin d'éviter tout débordement (cf. ci-avant p. 3, n° 2).

PERSONNE ASSIMILEE A L'ENFANT A CHARGE

DISPOSITIONS GENERALES D'EXECUTION DE L'ARTICLE 2 PARAGRAPHE 4 DE L'ANNEXE VII DU STATUT

LA COMMISSION DES COMMUNAUTES EUROPEENNES

VU le statut des fonctionnaires des Communautés européennes ainsi que le régime applicable aux autres agents de ces Communautés fixés par le règlement (CEE, EURATOM, CECA) n° 259/68¹ du Conseil, du 29 février 1968, modifié en dernier lieu par le règlement (CEE, EURATOM, CECA) n° 2187/89, du Conseil, du 18 juillet 1989², et notamment les articles 67 et 110 du statut des fonctionnaires et 2 paragraphe 4 de son annexe VII, ainsi que l'article 103 du régime applicable aux autres agents,

VU l'avis du comité du statut,

APRES consultation du comité du personnel,

CONSIDERANT qu'il apparaît nécessaire, compte tenu de l'expérience acquise, de réviser les Dispositions générales d'exécution de l'article 2 paragraphe 4 de l'annexe VII du statut adoptées par la Commission en date du 30 octobre 1975 ;

CONSIDERANT, de façon générale, qu'en vertu de l'article 2 paragraphe 4 de l'annexe VII du statut l'assimilation d'une personne à un enfant à charge ne peut avoir lieu qu'exceptionnellement "par décision spéciale et

¹ J.O. n° L 56 du 04.03.1968, p. 1

² J.O. n° L 209 du 21.07.1989, p. 1

motivée de l'Autorité investie du pouvoir de nomination" ; que cette dernière possède ainsi, en ce qui concerne les faits et circonstances invoqués à l'appui des demandes d'assimilation, une marge d'appréciation largement discrétionnaire ; qu'il convient toutefois, eu égard à l'exigence d'égalité de traitement des fonctionnaires, de déterminer les critères objectifs appelés à régir de manière uniforme l'exercice de ce pouvoir d'appréciation ;

CONSIDERANT qu'à cette fin il y a lieu en particulier de définir les conditions d'âge relatives à la personne pouvant être assimilée à un enfant à charge, ainsi que les éléments à prendre en considération pour apprécier si l'entretien de cette personne représente une lourde charge pour le fonctionnaire ;

CONSIDERANT que, en ce qui concerne la condition de l'obligation alimentaire légale pesant sur le fonctionnaire à l'égard de la personne pouvant être assimilée à un enfant à charge, il convient de se référer plus étroitement au droit civil et au droit international privé des Etats membres, tout en respectant la finalité propre du statut, laquelle s'oppose en particulier à ce que des conjoints ou ex-conjoints de fonctionnaires puissent ouvrir droit à l'allocation prévue à l'article 2 paragraphe 4 de l'annexe VII ;

CONSIDERANT qu'il convient de prévoir des modalités transitoires permettant aux décisions d'assimilation antérieurement prises de continuer, sous certaines conditions, à produire leurs effets ; ...

A ARRETE LES PRESENTES DISPOSITIONS GENERALES D'EXECUTION

SECTION PREMIERE - DISPOSITION GENERALE

Article premier

Les présentes Dispositions générales d'exécution ont pour objet de préciser les conditions dans lesquelles est accordée, conformément à l'article 2 paragraphe 4 de l'annexe VII du statut, l'assimilation d'une personne à un enfant à charge.

Cette assimilation est accordée par l'Autorité investie du pouvoir de nomination lorsque toutes les conditions prévues ci-après sont remplies.

SECTION 2 - DISPOSITION RELATIVE AUX CONDITIONS D'AGE

ARTICLE 2

La personne dont l'assimilation est demandée doit être

- âgée de plus de 60 ans, ou
- âgée de moins de 18 ans, cette limite d'âge étant reportée à 26 ans si elle reçoit une formation scolaire ou professionnelle, ou
- atteinte d'une maladie ou d'une infirmité l'empêchant de subvenir à ses besoins.

SECTION 3 - DISPOSITIONS RELATIVES A LA CONDITION DE L'OBLIGATION ALIMENTAIRE LEGALE

Article 3

Par obligation alimentaire légale, il faut entendre celle prévue expressément entre parents ou alliés par la loi, à l'exclusion de toute obligation à caractère conventionnel, naturel ou indemnitaire.

Les obligations pécuniaires du fonctionnaire à l'égard de son conjoint ou de son ex-conjoint ne relèvent pas de l'article 2 paragraphe 4 de l'annexe VII du statut.

Article 4

1. En présence d'éléments de rattachement à plusieurs lois, la détermination de la loi applicable résulte des règles de conflits de lois applicables par le tribunal compétent, y compris le cas échéant selon les conventions internationales en la matière, notamment la convention sur la loi applicable aux obligations alimentaires signée à La Haye le 2 octobre 1973.

2. La compétence du tribunal résulte des règles de conflits de juridictions, y compris le cas échéant celles définies par les conventions internationales en la matière, notamment la convention modifiée de Bruxelles du 27 septembre 1968, concernant la compétence judiciaire et l'exécution des décisions en matière civile et commerciale.

Pour l'application de la disposition figurant à l'alinéa précédent, les fonctionnaires sont réputés domiciliés au lieu de leur affectation.

Article 5

Il appartient au fonctionnaire d'établir, sur la base de tout document probant, l'existence de l'obligation alimentaire légale considérée.

Les services compétents fournissent au fonctionnaire toute information utile sur la portée de la présente section, en particulier quant à la nature des documents probants à fournir.

SECTION 4 - DISPOSITIONS RELATIVES A LA CONDITION DES LOURDES CHARGES

Article 6

1. La charge d'entretien par le fonctionnaire de la personne dont il demande l'assimilation n'est prise en considération qu'à concurrence d'un montant correspondant à :

- ↳ 50 % du traitement de base d'un fonctionnaire de grade D4, au premier échelon, lorsque cette personne n'habite pas en permanence sous le toit du fonctionnaire,
- 40 % de ce traitement de base, lorsqu'elle habite en permanence sous le toit du fonctionnaire.

Ces montants sont diminués des revenus nets de cette personne.

2. Lorsque le fonctionnaire demande l'assimilation de plusieurs personnes habitant ensemble sous le même toit, la charge d'entretien de ces personnes est prise en considération :

- pour la première personne, à concurrence de la charge visée au paragraphe premier;
- pour la deuxième personne, à concurrence de 25 % du traitement de base visé au paragraphe premier lorsque cette personne n'habite pas en permanence sous le toit du fonctionnaire et de 20 % dans le cas contraire;

↳ pour la (les) personne(s) suivante(s) à concurrence

- a) du montant de l'allocation pour enfant à charge fixé à l'article 67 paragraphe premier point b) du statut, lorsqu'il s'agit d'une personne remplissant les conditions prévues à l'article 2 deuxième tiret,
- ou
- b) du montant minimum de l'allocation de foyer fixée à l'article 67 paragraphe premier point a) du statut, lorsqu'il s'agit d'une autre personne.

Le total de ces montants est diminué des revenus nets de ces personnes.

3. Lorsque la personne dont l'assimilation est demandée est mariée, les revenus nets du couple sont pris en considération, comme si l'assimilation était demandée pour les conjoints.

4. Une majoration de cette charge d'entretien peut être prise en considération lorsque la personne dont l'assimilation est demandée occasionne des dépenses supplémentaires régulières et prouvées, nécessitées par :

- la rémunération d'un aide-malade dont la présence auprès d'elle est prescrite par un médecin;
- les cotisations supportées au titre d'une assurance-maladie de cette personne;
- les frais médicaux, non remboursés par un régime d'assurance-maladie, pour la partie excédant, en moyenne mensuelle, 2 % du traitement de base d'un fonctionnaire de grade D4, au premier échelon;
- son hébergement en maison de retraite, à concurrence d'un montant égal à 20 % du traitement de base d'un fonctionnaire de grade D4, au premier échelon.

5. A compter de la demande d'assimilation d'une troisième personne, une charge maximale d'entretien est déterminée. Cette charge correspond à la différence entre le traitement net du demandeur, éventuellement augmenté de ses autres revenus nets, et le traitement de base d'un fonctionnaire de grade D4, au premier échelon, éventuellement augmenté de l'allocation de foyer et de la ou des allocations pour enfants à charge. Si le montant ainsi obtenu est inférieur à la charge d'entretien telle que déterminée par les autres dispositions de la section 4, c'est ce montant qui sert de référence pour l'établissement des lourdes charges.

Article 7

1. Lorsque d'autres personnes que le fonctionnaire ont des obligations alimentaires légales à l'égard de la personne dont l'assimilation est demandée, la charge prise en considération conformément aux dispositions de l'article 6 est diminuée du montant de la quote-part dans l'entretien de cette personne qui incombe aux autres personnes ayant à son égard des obligations alimentaires légales.

Aux fins de la détermination de ce montant, toutes les personnes ayant des obligations alimentaires légales à l'égard de la personne dont l'assimilation est demandée sont présumées intervenir dans la charge d'entretien fixée à l'article 6 proportionnellement à leurs revenus disponibles.

2. Sont considérés comme revenus disponibles au sens des dispositions du paragraphe précédent, les revenus nets de chacune de ces personnes, diminués

- d'un montant égal à 50 % du traitement de base d'un fonctionnaire de grade D4, au premier échelon;
- d'un montant égal au taux minimum de l'allocation de foyer fixé à l'article 67 paragraphe premier point a) du statut, au cas où la personne ayant des obligations alimentaires légales à l'égard de la personne dont l'assimilation est demandée est mariée;
- d'un montant égal au montant de l'allocation pour enfant à charge fixé à l'article 67, paragraphe premier point b) du statut, pour chaque enfant qui est à sa charge.

Par dérogation aux 2e et 3e tirets ci-dessus, lorsque deux de ces personnes sont conjoints, les revenus de celle ayant les revenus les plus élevés sont diminués d'un montant égal au taux de l'allocation de foyer visé à l'alinéa précédent et d'un montant égal à celui de l'allocation pour enfant à charge, pour chaque enfant à leur charge commune.

Article 8

Sont considérés comme revenus de la personne dont l'assimilation est demandée et comme revenus des personnes ayant des obligations alimentaires légales à son égard les revenus de toute nature, y compris notamment les rentes, allocations familiales et autres allocations et pensions.

Il en est de même de la valeur locative d'une habitation dont la personne pour laquelle l'assimilation est demandée est propriétaire ou usufruitière. Cette valeur locative est fixée à 12 % du traitement de base d'un fonctionnaire de grade D4, au premier échelon.

Les revenus à prendre en compte sont les revenus nets mensuels des intéressés, calculés en divisant par douze ses revenus nets annuels.

Article 9

Les montants prévus au statut et visés aux articles 6 à 8, 10 et 13 des présentes dispositions générales sont affectés des coefficients correcteurs fixés respectivement pour le pays d'affectation du fonctionnaire et le lieu où résident les autres personnes concernées.

Dans les cas où les revenus visés aux articles 6 à 8, 10 et 13 des présentes dispositions générales ne sont pas exprimés en francs belges, ils sont convertis dans cette monnaie au taux comptable mensuel en vigueur le jour où le droit prend effet.

Article 10

Sans préjudice des dispositions des articles 11 et 16, l'entretien de la personne dont le fonctionnaire demande l'assimilation est considéré comme lui imposant de lourdes charges lorsque le montant de la charge d'entretien prise en considération conformément aux dispositions de l'article 6, diminué

- du montant des contributions d'autres personnes à cet entretien conformément aux dispositions de l'article 7, et
- de la totalité des autres revenus nets du fonctionnaire est supérieur à 20 % du montant imposable de la rémunération de celui-ci.

Le taux de ce pourcentage est augmenté de 10 pour chacune des autres personnes dont le fonctionnaire demande l'assimilation.

Article 11

A titre exceptionnel l'Autorité investie du pouvoir de nomination peut, de concert avec les administrations des autres institutions, accorder le bénéfice de l'assimilation au fonctionnaire lorsque le montant de la charge d'entretien, éventuellement diminué ainsi qu'il est prévu à l'article précédent, est égal ou inférieur au pourcentage du montant imposable de la rémunération du fonctionnaire défini à cet article, ou que l'âge de la personne à assimiler est de 55 ans au moins, et à la condition que l'entretien de cette personne impose au fonctionnaire des charges particulièrement lourdes.

SECTION 5 - DISPOSITIONS RELATIVES A LA DECISION D'OCTROI

Article 12

1. La décision de l'Autorité investie du pouvoir de nomination est prise sur la base d'une demande écrite, accompagnée des pièces justificatives concernant tous les éléments qui doivent être pris en considération en vertu des présentes dispositions générales.

2. En cas de décision favorable, celle-ci prend effet à compter du premier jour du mois au cours duquel le fonctionnaire a présenté sa demande et sa validité expire au plus tard un an après.

Le renouvellement peut en être demandé.

3. Le fonctionnaire est tenu de signaler toute modification intervenant dans la situation sur la base de laquelle la décision favorable a été prise.

Au cas où, à la suite d'une telle modification, les conditions pour le maintien de la décision ne seraient plus remplies, cette décision est abrogée avec effet au premier jour du mois suivant celui au cours duquel la modification est intervenue.

Article 13

1. A partir du moment où il bénéficie d'une décision d'octroi, le fonctionnaire doit justifier qu'il contribue d'une manière régulière à l'entretien de la personne assimilée, à concurrence d'un montant mensuel au moins égal au plus élevé des deux montants calculés ainsi qu'il suit :

- 20 % du montant imposable de sa rémunération, majorés de la totalité de ses autres revenus nets,

- le montant de l'allocation pour enfant à charge fixé à l'article 2 paragraphe premier de l'annexe VII du statut, majoré de 20 %.

2. Lorsque le fonctionnaire obtient l'assimilation de plusieurs personnes, le taux du pourcentage prévu au paragraphe précédent premier tiret est augmenté de 10 pour chacune de ces personnes à partir de la deuxième, et le montant prévu au second tiret est multiplié par le nombre de ces personnes.

3. La justification visée au paragraphe premier n'est pas requise lorsque la personne assimilée habite de façon permanente sous le toit du fonctionnaire.

Les services compétents peuvent contrôler à tout moment par tous moyens appropriés si cette condition est remplie.

4. En l'absence de justification du versement pour tout ou partie de la durée de validité de la décision, les effets de celle-ci sont suspendus pour les périodes concernées et les sommes éventuellement reçues par le fonctionnaire au titre de ces périodes sont récupérées par l'administration, conformément aux dispositions de l'article 85 du statut.

SECTION 6 - DISPOSITIONS ABROGATOIRE, TRANSITOIRES ET FINALE

Article 14

Les présentes dispositions abrogent et remplacent celles arrêtées le 30 octobre 1975.

Article 15

Les décisions d'assimilation prises sur la base des dispositions générales du 30 octobre 1975 restent valables jusqu'à l'expiration du terme fixé dans ces décisions, si les conditions sur la base desquelles elles ont été prises ne sont pas modifiées.

Article 16

L'allocation peut continuer à être accordée au titre d'une femme âgée de 55 à 60 ans lorsque, à l'entrée en vigueur des présentes dispositions, elle est accordée au titre de cette femme.

La condition de l'âge de 60 ans, en ce qui concerne les femmes, ne devient d'application que la cinquième année à compter de l'entrée en vigueur des présentes dispositions.

L'âge à partir duquel l'assimilation d'une femme peut être octroyée est de 56 ans pendant la première année à compter de l'entrée en vigueur des présentes dispositions, de 57 ans pendant la deuxième année, de 58 ans pendant la troisième année et de 59 ans pendant la quatrième année à compter de cette entrée en vigueur.

Article 17

Les montants indiqués pour la prise en considération de la charge d'entretien de la personne dont l'assimilation est demandée ne deviennent d'application que la cinquième année à compter de l'entrée en vigueur des présentes dispositions.

Pour la première personne,

- lorsqu'elle n'habite pas en permanence sous le toit du fonctionnaire, ces montants sont de 58 % du traitement de base d'un fonctionnaire de grade D4, au premier échelon, pendant la première année à compter de l'entrée en vigueur des présentes dispositions, de 56 % pendant la deuxième année, de 54 % pendant la troisième année et de 52 % pendant la quatrième année à compter de cette entrée en vigueur;
- lorsqu'elle habite en permanence sous le toit du fonctionnaire, ils sont de 56 % de ce traitement de base pendant la première année précitée, de 52 % pendant la deuxième, de 48 % pendant la troisième et de 44 % pendant la quatrième.

Pour la deuxième personne,

- lorsqu'elle n'habite pas en permanence sous le toit du fonctionnaire, ils sont de 29 % de ce traitement de base pendant la première année précitée, de 28 % pendant la deuxième, de 27 % pendant la troisième et de 26 % pendant la quatrième;
- lorsqu'elle habite en permanence sous le toit du fonctionnaire, ils sont de 28 % de ce traitement de base pendant la première année précitée, de 26 % pendant la deuxième, de 24 % pendant la troisième et de 22 % pendant la quatrième.

Article 18

Les présentes dispositions sont applicables par analogie aux agents temporaires et aux agents auxiliaires.

Article 19

Les présentes dispositions prennent effet le 1er jour du mois suivant celui au cours duquel la Commission les a arrêtées.

*La traduction de ces "Dispositions
générales d'exécution" dans les six
autres langues communautaires sera
publiée prochainement.*